

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

## Kurz kommentiert: Arbeitszeitflexibilisierung - Agrarsubventionen - Preisanstieg - Luftverkehr - USA

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1993) : Kurz kommentiert: Arbeitszeitflexibilisierung - Agrarsubventionen - Preisanstieg - Luftverkehr - USA, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 73, Iss. 8, pp. 393-394

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/137031>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

## Arbeitszeitflexibilisierung Sicherung der Industriebeschäftigung

---

In Ergänzung zum Entwurf des Arbeitszeitgesetzes der Bundesregierung, mit dem mehr Sonntagsarbeit ermöglicht werden soll, hat DIHT-Präsident Stihl Vereinbarungen der Tarifpartner angeregt, zur Verlängerung der Betriebszeiten in der Industrie den Samstag stärker als bisher als Arbeitstag zu nutzen. Die IG-Metall hält Stihl entgegen, Wochenendarbeit sei nach wie vor nicht erforderlich.

Würde Stihls Idee realisiert, so könnte der Standortnachteil der international vergleichsweise kurzen Betriebszeiten in der westdeutschen Industrie zumindest verringert werden. Die Unternehmen würden Kosten sparen, und ihre Position im internationalen Wettbewerb würde gestärkt. Es könnte mehr produziert, abgesetzt und investiert werden als bei dem vorherrschenden relativ starren und teuren Arbeitszeitregime. So würden zunächst – mit Personalreserven in den Betrieben ist derzeit zu rechnen – vor allem vorhandene Arbeitsplätze gesichert. Betroffen von Samstagsarbeit wäre dabei nur ein kleiner Teil der Beschäftigten, die in der Produktion und direkt für die Produktion arbeiten.

Ein Patentrezept zum Abbau der hohen und steigenden Arbeitslosigkeit kann Samstagsarbeit in der Industrie nicht sein. Zwar wäre mit positiven Beschäftigungseffekten auch über die Industrie hinaus zu rechnen. Zusätzliche Arbeitsplätze würde es dennoch nur für einen kleinen Teil der Arbeitssuchenden geben, überwiegend für qualifizierte Kräfte, und das erst allmählich. Dafür spricht auch, daß die Umsetzung von Arbeitszeitänderungen in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen erfahrungsgemäß viel Zeit benötigt. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird neben einer Verlängerung der Betriebszeiten eine Vielzahl und Vielfalt von Schritten nötig sein, vor allem von seiten der Tarifpartner. Vordringlich erscheint eine stärkere Flexibilisierung der Löhne. sp

---

## Agrarsubventionen Neue Privilegien

---

In der Agrarpolitik ist das Absurde der Regelfall und das Normale die Ausnahme. Jüngstes Beispiel ist das von der Bundesregierung beschlossene Reformprogramm zur sozialen Absicherung der Landwirte. Durch eine Reihe von Wohltaten wird das ohnehin schon attraktive Rentensystem der Bauern – bisher werden schon mehr als drei

Viertel der Ausgaben im landwirtschaftlichen Rentensystem vom Staat finanziert – noch weiter „verbessert“.

Eingeführt wird eine eigenständige Alterssicherung für Bäuerinnen. Der Gedanke solch einer sozialen Absicherung ist keineswegs abwegig, erbringen die Bäuerinnen doch wichtige Leistungen in der Landwirtschaft. Der beschrittene Lösungsweg ist jedoch nicht akzeptabel. Da werden den Bäuerinnen ohne Beitragsentrichtung jahrelange Versicherungszeiten gutgeschrieben. Es genügt, vor dem 65. Lebensjahr mindestens einen Beitrag eingezahlt zu haben, um die Beitragszeiten des Ehemannes angerechnet zu bekommen. Denkbar ist damit der Erhalt einer Rente fast ohne Beitragsleistung. Damit nicht genug: Das Reformprogramm sieht noch weitere Segnungen vor. So wird verheirateten Landwirten künftig ein Beitragszuschuß für die Alterskasse bis zu einem gemeinsamen Einkommen von 80000 DM gewährt.

Durch die Reformmaßnahmen – sie werden weitgehend ab 1995 wirksam – erhöhen sich die Zuschüsse des Bundes gegenüber den ursprünglichen Ansätzen bis 1997 um jährlich etwa eine halbe Milliarde DM. Letztlich handelt es sich bei dieser Mittelgewährung um eine Umschichtung von Subventionen. Nachdem die Kommission den „soziostrukturellen Einkommensausgleich“ mit Recht nicht mehr akzeptiert, werden diese Transfers dem Agrarsektor in anderer Form zugeschanzt. Auch angesichts des Zwanges zu haushaltspolitischen Einsparungen ist dies ökonomisch nicht nachvollziehbar. kr

---

## Preisanstieg Vom Staat mitverursacht

---

Schon seit Mitte 1991 bewegt sich der Anstieg der Verbraucherpreise um die 4-Prozent-Marke herum; im Juli betrug die Inflationsrate 4,3%. Trotz der Rezession und trotz des Rückgangs der Einfuhrpreise ist es bislang nicht gelungen, den Preisanstieg einzudämmen. Vielmehr nimmt Westdeutschland, einst Stabilitätsvorbild, inzwischen auch im internationalen Preisvergleich unter den wichtigsten Industrieländern nur noch einen hinteren Platz ein.

Neben den Mieten wirkt vor allem der Staat preistreibend; hierin zeigen sich nicht zuletzt die Spätfolgen der Wiedervereinigung. Zur Finanzierung der Transfers nach Ostdeutschland wurden seit 1991 zum einen mehrfach indirekte Steuern erhöht, in diesem Jahr die Mehrwertsteuer sowie die Versicherungssteuer, und für nächstes Jahr sind bereits neue Erhöhungen bei Benzin, Diesel und für Diesel-PKW beschlossen. Zum anderen wurden die Abgaben und Gebühren kräftig erhöht, insbesondere

in den Kommunen, aber auch andere administrierte Preise, wie die von Bahn und Post oder die genehmigungspflichtigen Tarife von Versicherungen. Sicherlich wirken gerade bei den Dienstleistungen auch noch die übermäßigen Lohnsteigerungen der vergangenen Jahre nach. Vermutlich hätte es aber auch für diese Steigerungen ohne die durch die Vereinigung bedingte Sonderkonjunktur kaum so viel Raum gegeben. Der kräftige Anstieg der Mieten schließlich ist ein echtes Knappheitsproblem; in den vergangenen vier Jahren sind immerhin 3½ Mill. Menschen nach Westdeutschland zugezogen.

Gegen solche Preisaufriefaktoren hat es eine monetäre Stabilisierungspolitik sehr schwer. Zumindest steigen aber die Preise der Güter des täglichen Bedarfs, die von den staatlich administrierten Preisen weniger beeinflusst werden, derzeit lediglich mit einer Vorjahresrate von weniger als 2%, obwohl auch sie teilweise von der Mehrwertsteuererhöhung betroffen sind. jh

#### Luftverkehr

### Gefahr zunehmender Regulierung

Bundesverkehrsminister Wissmann fordert von den USA ein neues Luftverkehrsabkommen. Das bestehende, historisch zu erklärende Abkommen erlaubt den amerikanischen Luftverkehrsgesellschaften von allen heimischen Städten aus sämtliche deutsche Flughäfen anzufliegen und zudem Fluggäste von hier weiter in Drittländer zu befördern (5. Freiheit). Deutsche Luftverkehrsunternehmen dürfen derzeit nur 25 Ziele in den USA anfliegen, die häufig nicht sehr lukrativ sind, und zudem nur in Ausnahmefällen die 5. Freiheit nutzen.

Wissmann fordert eine Ausweitung der Landrechte in den USA für die Lufthansa und eine gleichzeitige Reduzierung der Beförderung durch US-Unternehmen aus Deutschland in Drittländer. Außerdem ist für diese Unternehmen auf dem deutschen Markt nur ein „verzögertes Wachstum“ vorgesehen. Die seitens der USA geforderte schrittweise Einführung der Politik des „Open Sky“, die das unbegrenzte Anfliegen amerikanischer und deutscher Ziele sowie die Beförderung in Drittländer zuläßt, lehnt Wissmann ab, weil insbesondere auf der Nordatlantik-Route ein freier Wettbewerb nur zu Überkapazitäten und zu einem ruinösen Preiskampf führen würde und so wieder zum Erliegen käme.

Es besteht kein Zweifel, daß das alte Abkommen überholt ist und einer Änderung bedarf. Allerdings sind neuerliche Beschränkungen und auch noch die Einschränkung der 5. Freiheit nicht der richtige Weg, weil auf diese Weise nur bestehende Strukturen und vorhandene Ineffizienzen

zementiert werden. Ein freier Wettbewerb ist auf dem Luftverkehrsmarkt durchaus möglich und würde zu effizienten Ergebnissen führen, insbesondere auf der stark nachgefragten Nordatlantik-Route. Der wahre Grund für die Forderungen dürfte daher vielmehr in dem Ziel der Besitzstandswahrung der zum Teil bundeseigenen Lufthansa liegen. Wenn die Lufthansa auf dieser Route aber tatsächlich nur Verluste einfliegen kann, ist es volkswirtschaftlich sinnvoll, den Nordatlantik anderen Unternehmen zu überlassen. cw

#### USA

### Knapper Sieg für Clinton

Der amerikanische Kongreß hat mit hauchdünner Mehrheit den Haushaltskompromiß verabschiedet, auf den sich der Vermittlungsausschuß nach zähen Verhandlungen auch mit dem Präsidenten geeinigt hatte. Das Paket sieht eine Verminderung des Budgetdefizits um insgesamt 496 Mrd. \$ in einem Zeitraum von fünf Jahren vor, jeweils etwa zur Hälfte durch Steuererhöhungen und Ausgabenverringerungen.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes hat Präsident Clinton rein zahlenmäßig eines seiner erklärten Ziele zumindest vorläufig auf dem Papier erreicht. Vom ambitionierten Vorhaben einer Neuorientierung der Wirtschaftspolitik hat er aber offenbar weitgehend Abstand genommen. So mußte er im politischen Kräfteingen auf die Einführung einer breit angelegten Energiesteuer verzichten; geblieben ist eine vergleichsweise geringe Erhöhung der Benzinsteuer. Als einnahmesteigernde Maßnahmen wurden nun im wesentlichen die Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer von 31% auf 36% und die Einführung einer 10%igen Zusatzsteuer für Spitzenverdiener sowie die Erhöhung des Höchstsatzes der Körperschaftsteuer beschlossen. Von den angekündigten einschneidenden Maßnahmen auf der Ausgabenseite ist in starkem Maße der Verteidigungsetat betroffen; daneben sind auch Einsparungen bei den Leistungsgesetzen vorgesehen, vor allem im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung für Senioren. Näher konkretisiert wurden jedoch bisher diese Maßnahmen nicht.

So konkret das Gesetz bei den Steuererhöhungen wird, so vage bleibt es quantitativ und zeitlich bei den Ausgabensenkungen, genauer gesagt bei der Dämpfung des Ausgabenanstiegs. Sichtbares Zeichen eines Kurswechsels in der Wirtschaftspolitik ist somit im wesentlichen der Rückgriff auf massive Steuererhöhungen. Ob aber mit einer derartigen Konsolidierung der Grundstein für eine neue Wachstumsära gelegt wird, wie vor den Wahlen versprochen, darf bezweifelt werden. cb